

Bernhard Pfitzner

Die „Zeitenwende“ – Herausforderungen für gewerkschaftliche (ver.di) Friedenspolitik

**Konzept für ein Referat im Arbeitskreis Friedenspolitik
des Landesbezirksvorstandes ver.di Nord am 1.12.2022**

Inhalt

Vorbemerkung.....	1
I. Zur gewerkschaftlichen Beschlusslage – drei Beispiele	3
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (Ver.di).....	3
Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB).....	3
Internationaler Gewerkschaftsbund (IGB)	4
Erstes Zwischen-Resümee	4
II. Zum Begriff der „Zeitenwende“	5
Anmerkung aufgrund der Diskussion am 1.12.	6
III. Friedenspolitische Positionierungen.....	7
Nochmal: Gewerkschaftliche Beschlusslage (ver.di).....	7
Die UNO und der Krieg in der Ukraine	8
„Gemeinsame Sicherheit“	9

Vorbemerkung

Der folgende Text war die Vorlage für ein Referat, das ich am 1.12.22 im Arbeitskreis Friedenspolitik des Landesbezirksvorstandes ver.di Nord gehalten habe.

Das Referat sollte den Titel haben:

„Die Zeitenwende –
Herausforderungen für gewerkschaftliche (ver.di) Friedenspolitik“

Aufmerksamen LeserInnen wird auffallen, dass ich diesen mir vorgegebenen Titel in einem Punkt leicht abgewandelt habe: „Zeitenwende“ setze ich in Anführungszeichen. Warum, das versuche ich im Abschnitt II. deutlich zu machen.

Die „Zeitenwende“ – Herausforderungen für gewerkschaftliche (ver.di) Friedenspolitik
Konzept für ein Referat im Arbeitskreis Friedenspolitik des Landesbezirksvorstandes ver.di Nord
am 1.12.2022

Ich habe vor, den Text in näherer Zukunft in (mindestens) vier Richtungen zu erweitern:

- Nach meinem Überblick existiert gegenwärtig keine zusammenhängende Darstellung der gewerkschaftlichen Beschlusslagen (im nationalen wie internationalen Bereich) zu Themen von Krieg, Frieden, Internationaler Sicherheit und (Ab-) Rüstung. Sollte das an schlichter Unkenntnis meinerseits liegen, bin ich für entsprechende Hinweise herzlich dankbar; ansonsten werde ich mich bemühen, die entsprechenden Teile des vorliegenden Textes entsprechend zu erweitern (ob nun als eigenständiges Material oder als Dokumentenanhang zu einer erweiterten Fassung dieses Textes).
- Im vorliegenden Text gehe ich zwar auf die Rolle der UNO ein – dies aber fast ausschließlich in Hinblick auf die Elfte Notstandssondertagung der Generalversammlung. Es hätte den Rahmen des Referats gesprengt, hier weiter in die Tiefe zu gehen. Da aber nach meiner Wahrnehmung mit teilweise sehr selektiver Berichterstattung über die Aktivitäten der UNO problematische Schlussfolgerungen „begründet“ werden, liegt mir sehr an einer genaueren Darstellung. An einem entsprechenden gesonderten Material arbeite ich gegenwärtig. Es kann – wenn auch im Moment erst fragmentarisch – bei Bedarf bei mir angefordert werden.
- Ich begründe am Ende des vorliegenden Textes, warum Konzepte der „Gemeinsamen Sicherheit“ aus meiner Sicht heute mindestens dieselbe Bedeutung haben wie zum Zeitpunkt ihrer Erarbeitung in den 1970-er bis 1990-er Jahren. Aber natürlich müssen bei einem aktuellen Anknüpfen an diese Konzepte die gravierenden Änderungen einbezogen werden, die seit dieser Zeit in den internationalen Beziehungen eingetreten sind. M.E. leistet der „Palme-Bericht 2: Gemeinsame Sicherheit 2022“ (s.u. im Abschnitt III) das grundsätzlich – was aber nicht heißt, dass hier nicht weiterhin Klärungsbedarf besteht.
- Sowohl in dem Palme-Bericht 2 wie auch in grundlegenden UNO-Dokumenten wird auf eine wachsende Bedeutung der Zivilgesellschaften hingewiesen. Eng damit verbunden ist die Frage nach der Stärkung demokratischer Strukturen – nach „innen“, aber auch im Sinne einer Demokratisierung internationaler Beziehungen.

Es ist sicherlich nachvollziehbar, dass das gleich mehrere „Großbaustellen“ sind und sie nicht alle zugleich mit gleicher Intensität bearbeitet werden können. Bei der Priorisierung werden sicherlich aktuelle Entwicklungen eingehen.

Ich will aber gern auch versuchen, Anforderungen aufzugreifen, die von Aktiven der Friedens- und Gewerkschaftsbewegung an mich herangetragen werden.

(Ich denke es ist nachvollziehbar, dass dabei auch zeitliche Verzögerungen eintreten können.)

Wie immer freue ich mich über wohlwollend-kritische Hinweise, bitte an meine mail-Adresse: bernhard.pfitzner@web.de.

Hannover, 2.12.22
Bernhard Pfitzner

I. Zur gewerkschaftlichen Beschlusslage – drei Beispiele

Ich beginne mit drei kurzen Auszügen aus aktuellen Beschlüssen von ver.di, des DGB und des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB).

Ich komme darauf im 3. Teil meiner Ausführungen noch einmal zurück.

Zu ausführlicheren Auszügen aus den Beschlüssen und weiteren Hinweisen auf die Beschlusslagen s. den entsprechenden Teil des Anhangs.

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (Ver.di)

Der ver.di-Gewerkschaftsrat hat in seiner Sitzung am 24./25.3. eine *Resolution des Gewerkschaftsrates zum Krieg in der Ukraine*¹ verabschiedet, in der es u.a. heißt:

„...“

Wir verurteilen diesen durch nichts zu rechtfertigenden Krieg. Grenzen dürfen nicht gewaltsam verschoben werden.

...

Wir fordern die internationale Staatengemeinschaft dazu auf, weiter mit Hochdruck an einer diplomatischen Lösung für einen sofortigen Waffenstillstand und zur Beendigung des Krieges zu arbeiten.

...“

Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)

Auf dem 22. Ordentliche Bundeskongress des DGB (8. bis 12. Mai in Berlin)² wurde der *Initiativantrag I001: Krieg gegen die Ukraine sofort beenden. Transformationskurs halten, wirtschaftliche und soziale Kriegsfolgen abfedern. Rahmenbedingungen für Frieden und Sicherheit in Europa neu bewerten.*³

verabschiedet, in dem es u.a. heißt:

„Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften verurteilen den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine auf das Schärfste.

...

Frieden gibt es nur durch Völkerverständigung und gemeinsame Sicherheit. Es geht um unser aller Zukunft. Nur wenn es uns gelingt, zumindest den Frieden in Europa wiederherzustellen und dauerhaft zu sichern, werden wir die gewaltige Herausforderung bewältigen, vor der wir stehen – den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen durch die erfolgreiche Gestaltung der sozial-ökologischen Transformation. Gleichzeitig gilt: Wir müssen diese Herausforderung gemeinsam bewältigen, wenn wir auch künftigen Generationen ein Leben in Frieden und Sicherheit ermöglichen wollen.“

¹ s.

https://www.verdi.de/++file++623d80871bf7a582b0324671/download/3904_11_01_Resolution_GR.pdf

² s. <https://bundeskongress.dgb.de/>

³ s. <https://bundeskongress.dgb.de/antraege/++co++bf1371c2-db4d-11ec-9382-001a4a160123>

Internationaler Gewerkschaftsbund (IGB)

Vom 17. bis 22.11. fand in Melbourne der 5. Weltkongress des Internationalen Gewerkschaftsbundes statt.⁴

Im Entwurf der

Kongresserklärung: „Ein neuer Sozialvertrag“⁵

heißt es u.a.:

„...“

Mit der brutalen Ukraine-Invasion Russlands hat es in den letzten Jahren in jeder Region der Welt Konflikte gegeben, woraufhin Millionen Menschen aus ihrem Heimatland geflüchtet und viele Millionen mehr zu Binnenvertriebenen geworden sind, die große Mehrheit in weniger wohlhabenden Ländern.

...

Frieden ist das Herzstück der Werte des IGB, und die absolute Ablehnung kriegerischer Gräueltaten muss die Bemühungen um einen auf den Prinzipien der Vereinten Nationen basierenden Rahmen für unsere gemeinsame Sicherheit befeuern.

...“

Erstes Zwischen-Resümee

Natürlich können die kurzen Auszüge nur selektiv sein.

Gleichwohl lässt sich ein erstes Zwischen-Resümee ziehen:

- Der russische Angriff auf die Ukraine wird entschieden abgelehnt.
- Frieden ist eines der zentralen Ziele der nationalen wie internationalen Gewerkschaftsbewegung.
- Die Wiederherstellung von Frieden gehört zu den aktuell wichtigsten Anliegen.

⁴ s. <https://congress2022.ituc-csi.org/?lang=de>

⁵ s. https://congress2022.ituc-csi.org/IMG/pdf/5cog5_a_-_erklarungsentwurf_ein_neuer_sozialvertrag.pdf

II. Zum Begriff der „Zeitenwende“

Wenn ich eben schon selbst die Selektivität der bisherigen Zitatenauswahl erwähnt hatte, so gilt das nicht für den folgenden Punkt:

In keinem der erwähnten Beschlüsse taucht der Begriff „Zeitenwende“ auf.

Und das trifft auch zu, wenn z.B. alle Beschlüsse des DGB-Bundeskongresses (die Beschlussbroschüre hat immerhin einen Umfang von 252 S.) oder die Grundsatzrede von Yasmin Fakhimi daraufhin durchsucht wird.

Ich halte das für keinen Zufall und für wohlbegründet:

Der Ausdruck „Zeitenwende“ wurde ja bekanntlich vom Bundeskanzler in seiner
Regierungserklärung vom 27.2.22⁶
in die öffentliche Diskussion eingeführt.

Diese Regierungserklärung beginnt mit dem Satz:

„Der 24. Februar 2022 markiert eine Zeitenwende in der Geschichte unseres Kontinents.“

Das ist eben die Regierungserklärung, in der O. Scholz an späterer Stelle ausführt:

„Bessere Ausrüstung, modernes Einsatzgerät, mehr Personal - das kostet viel Geld. Wir werden dafür ein Sondervermögen Bundeswehr einrichten, und ich bin Bundesfinanzminister Lindner sehr dankbar für seine Unterstützung dabei. Der Bundeshaushalt 2022 wird dieses Sondervermögen einmalig mit 100 Milliarden Euro ausstatten. Die Mittel werden wir für notwendige Investitionen und Rüstungsvorhaben nutzen. Wir werden von nun an Jahr für Jahr mehr als 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in unsere Verteidigung investieren. Meine Damen und Herren, ich richte mich hier an alle Fraktionen des Deutschen Bundestages: Lassen Sie uns das Sondervermögen im Grundgesetz absichern.“

Es ist insbes. diese Ankündigung, die Frank Bsirske, mittlerweile ja immerhin ein Abgeordneter der Regierungskoalition zu der Äußerung veranlasste, diese Ankündigung – an jeglicher parlamentarischen Beratung vorbei, sei

ein „grobes Foul“ des Bundeskanzlers.⁷

Ich will meine Zurückhaltung gegenüber dem Begriff der „Zeitenwende“ noch mit einem weiteren Argument begründen:

Es dient – ob nun explizit gewollt und erklärt oder eher unterschwellig – dazu, zu „begründen“, dass angeblich alle Erfahrungen, die vor dem 24.2. insbes. mit der Entspannungspolitik und einer Politik der Zusammenarbeit auch über fundamentale Unterschiede in den Auffassungen und der konkreten Politik hinweg ihre Gültigkeit verloren hätten.

Ich kann hier nur dem Bundespräsidenten zustimmen, wenn er in seiner

Rede „Alles stärken, was uns verbindet“ vom 28.10.22⁸

⁶ s. <https://www.bundeskanzler.de/bk-de/aktuelles/regierungserklaerung-von-bundeskanzler-olaf-scholz-am-27-februar-2022-2008356>

⁷ s. <https://www.regensburg-digital.de/frank-bsirske-gibt-widerworte-zum-aufruestungskonsens/03032022/>

⁸ s. <https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2022/10/221028-Alles-staerken-was-uns-verbindet.html>

Die „Zeitenwende“ – Herausforderungen für gewerkschaftliche (ver.di) Friedenspolitik
Konzept für ein Referat im Arbeitskreis Friedenspolitik des Landesbezirksvorstandes ver.di Nord
am 1.12.2022

erklärt hat:

„Deshalb rate ich uns: Verlernen wir nach dem Epochenbruch, über den wir sprechen, nicht all das, was deutsche Außenpolitik stark gemacht hat: die europäische Verankerung, das Bemühen um internationale Zusammenarbeit, um gemeinsame Regeln, der Dialog zwischen den Verschiedenen, das Werben um Partner, die anders sind als wir. Das ist eben keine Stilfrage, sondern das ist eine Überlebensfrage.“

Anmerkung aufgrund der Diskussion am 1.12.

In der Sitzung des Arbeitskreises Friedenspolitik des Landesbezirksvorstands ver.di Nord, für die ich dieses Konzept erstellt hatte, kam es – durchaus nicht unerwartet – zu einer teilweise kontroversen Diskussion über meine Kritik am Begriff der „Zeitenwende“.

Ohne Anspruch, diese Diskussion hier abschließen zu können, liegt mir an drei Klarstellungen:

- Ich bestreite nicht, dass der 24.2. einen Einschnitt in der internationalen, insbes. europäischen Politik bedeutet.

Was ich allerdings nach wie vor durchaus vehement bestreite, sind zwei mit der Verwendung der Metapher „Zeitenwende“ verbundene Behauptungen (gleichgültig, ob sie nun explizit geäußert oder „nur“ implizit mittransportiert werden:

- Die Änderungen in der internationalen/europäischen Politik lassen sich nicht auf ein Datum reduzieren. Dieses Datum hat eine lange und teilweise komplizierte Vorgeschichte. Nur wenn diese mit in den Blick genommen wird, kann von einer seriösen Beurteilung der Lage gesprochen werden.
- Ich habe schon in der Vorbemerkung erwähnt, dass ein Anknüpfen an die Konzepte der 1970-er bis 1990-er Jahre die erwähnten Änderungen berücksichtigen muss. An der Tatsache allerdings, dass Sicherheit heute realistisch nur als Gemeinsame Sicherheit vorstellbar ist, ändert das in meinen Augen nichts.

Wenn ich hier aus der Rede von F.W. Steinmeier zitiere, heißt das natürlich nicht, dass ich mit ihm vollkommen übereinstimme – weder in Bezug auf diese Rede noch ganz allgemein. So bemüht auch Steinmeier die „Zeitenwende“ – oder in dem Zitat eben einen „Epochenbruch“.

Gleichwohl halte ich den Rat in dem Zitat für hilfreich – und würde mir von der „Chef-Diplomatin“ dieses unseres Landes wünschen, dass sie ihn gelegentlich beherzigen würde. (Auf die Zwiespältigkeit der Politik der Außenministerin gehe ich weiter unten ein.)

III. Friedenspolitische Positionierungen

Nochmal: Gewerkschaftliche Beschlusslage (ver.di)

In der bereits erwähnten Resolution des ver.di-Gewerkschaftsrats vom 24./25.3. wird ausgeführt:

*„In Deutschland ist die Debatte über die zukünftige Ausrichtung und Ausrüstung der Bundeswehr eröffnet. ver.di organisiert sehr viele Beschäftigte der Bundeswehr, wir treten für eine Bundeswehr ein, die ihrem Auftrag als Verteidigungsarmee gerecht werden kann. Das ist eine Bundeswehr, die sich als Arbeitgeber umfassend an Tarifverträge hält und bei der alle Beschäftigten, einschließlich der Soldat*innen so ausgestattet sind, dass sie ihre Aufgaben erfüllen können.*

*Wir treten als ver.di gleichzeitig dafür ein, die Diskussion um mehr Sicherheit in Europa nicht in erster Linie aus einer militärischen Perspektive heraus zu führen. Wir brauchen einen breiten zivilgesellschaftlichen Diskurs darüber, wie wir in Europa zukünftig in Frieden und Sicherheit zusammenleben wollen und rufen alle zivilgesellschaftlichen Akteur*innen dazu auf, sich in diesen Friedensdiskurs einzubringen. Unser Ziel bleibt eine Welt mit weniger Waffen, insbesondere streben wir nachdrücklich eine dauerhafte atomare Abrüstung an. Wir wollen keinen neuen Rüstungswettlauf, der auch dazu führt, dass Gelder für die dringlichen Investitionen in den sozial-ökologischen Umbau fehlen oder dem Sozialstaat entzogen werden. Die Erhöhung der Verteidigungsausgaben auf einen dauerhaften Anteil von zwei Prozent am Bruttoinlandsprodukt, wie es das NATO-Ziel vorsieht, lehnen wir daher ab. Unsere Perspektive ist ein Europa mit einer erweiterten gemeinsamen Sicherheit aller Mitglieds- und Nachbarländer, die auch soziale und ökologische Nachhaltigkeit einschließt.*

Die Bundesregierung plant im Rahmen einer Grundgesetzänderung den Aufbau eines Sondervermögens. Dieses soll ausschließlich für die Zwecke der Bundeswehr zweckgebunden sein. Insbesondere sollen zusätzliche Rüstungsgüter beschafft werden. Diese Pläne lehnen wir ab. Sehr wohl notwendig ist in diesem Jahr angesichts der finanziellen Herausforderungen durch die russische Invasion in der Ukraine und ihre Folgen eine erhöhte Nettokreditaufnahme des Bundes. Darüber hinaus sind wir der festen Überzeugung, dass sich auch in den folgenden Jahren das Wiederinkrafttreten einer unveränderten Schuldenbremse verbietet.

Es bedarf erheblicher Summen, um für die Millionen Geflüchteter in Deutschland und Europa Unterbringung, Perspektive und Teilhabe zu schaffen. Nicht zuletzt gilt es, die wirtschaftlichen Folgen des Krieges und der Sanktionen für die Bevölkerung - insbesondere die stark steigenden Energiepreise - durch finanzielle Maßnahmen der Bundesregierung abzufedern. Wir werben für eine umfassende Definition von Sicherheit. Diese umfasst die Versorgungssicherheit durch den Ausbau erneuerbarer Energien ebenso wie den Gesundheitsschutz, auszubauende öffentliche Infrastrukturen einschließlich der IT-Sicherheit sowie mehr Mittel für die internationale Entwicklungszusammenarbeit und den Zivil- und Katastrophenschutz.

...

Gemeinsam mit dem DGB und seinen anderen Mitgliedsgewerkschaften halten wir daran fest, dass die militärische Friedenssicherung nicht zulasten des sozialen Friedens erkaufte werden darf. Wir treten weiterhin für eine allgemeine und weltweite

Die „Zeitenwende“ – Herausforderungen für gewerkschaftliche (ver.di) Friedenspolitik
Konzept für ein Referat im Arbeitskreis Friedenspolitik des Landesbezirksvorstandes ver.di Nord
am 1.12.2022

kontrollierte Abrüstung, für die Verwirklichung und Erhaltung des Friedens und der Freiheit im Geiste der Völkerverständigung ein. Deutschland muss als wesentlicher Akteur an einer gemeinsamen europäischen Friedens- und Sicherheitsarchitektur arbeiten. Auch wir Gewerkschaften leisten durch unsere transnationale Arbeit einen Beitrag dazu.“

Die UNO und der Krieg in der Ukraine

Die UNO hat sich in verschiedenen Gremien mit dem Krieg in der Ukraine befasst.⁹

Ich gehe hier lediglich auf die „Elfte Notstandssondertagung“ der Generalversammlung¹⁰ ein (in den Medien bei uns oftmals als „Dringlichkeitssitzung der Generalversammlung“ etc. bezeichnet; ich verwende hier die offiziellen Bezeichnungen des Deutschen Übersetzungsdienstes der UNO).

Diese wurde auf Drängen „des Westens“, insbes. auch der Bundesregierung einberufen, nachdem in der Sitzung des Sicherheitsrats am 25.2. eine Resolution zur Verurteilung des russischen Vorgehens am Veto Russlands gescheitert war.

Diese Tagung, die bisher vom 28.2. bis 2.3., am 23./24.3., am 7.4., vom 10.-12.10. und am 14.11.22 stattfand, verurteilte in mehreren Resolutionen¹¹ mit großen Mehrheiten¹² das russische Vorgehen.

Bemerkenswert erscheint mir allerdings, dass neben dieser Verurteilung insbes. die

Resolution A/RES/ES-11/1 „Aggression gegen die Ukraine“ (s. Anm. 11),

die in vielen unserer Medien als „Sieg des Westens“ gefeiert wurde,

„nachdrücklich die sofortige friedliche Beilegung des Konflikts zwischen der Russischen Föderation und der Ukraine durch politischen Dialog, Verhandlungen, Vermittlung und andere friedliche Mittel (fordert)“;

und

„nachdrücklich die fortgesetzten Anstrengungen des Generalsekretärs, von Mitgliedstaaten, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und anderer internationaler und regionaler Organisationen zur Unterstützung der Deeskalation der aktuellen Situation ... (begrüßt und fordert);“

(Hervorhebungen durch mich).¹³

Weder von Waffenlieferungen noch von Wirtschaftssanktionen ist in diesen Resolutionen die Rede.

⁹ Eine (allerdings noch in Arbeit befindliche) Materialzusammenstellung „Der Krieg in der Ukraine und die UNO“ (gegenwärtig 28 S.) kann bei mir angefordert werden.

¹⁰ Zur Einführung ins Thema recht gut geeignet ist der Wikipedia-Artikel

https://de.wikipedia.org/wiki/Elfte_Dringlichkeitssitzung_der_Generalversammlung_der_Vereinten_Nationen

¹¹ s. insbes. Resolution A/RES/ES-11/1: <https://www.un.org/depts/german/gv-notsondert/a-es11-1.pdf>

¹² Es ist schon häufiger angemerkt worden, dass es sich dabei zwar um eine eindeutige Mehrheit von Staaten handelt, die allerdings nicht die Mehrheit der Weltbevölkerung repräsentieren. Ich halte diese Feststellung für durchaus wichtig, gehe aber darauf hier nicht weiter ein, da für mich ein anderer Gedanke im Vordergrund steht.

¹³ Eine ähnliche Formulierung findet sich auch in der Resolution A/RES/ES-11/4 vom 12.10.22

Die „Zeitenwende“ – Herausforderungen für gewerkschaftliche (ver.di) Friedenspolitik
Konzept für ein Referat im Arbeitskreis Friedenspolitik des Landesbezirksvorstandes ver.di Nord
am 1.12.2022

Das ist m.E. nicht zuletzt deshalb von Bedeutung, da es sich hier eben um eine vom „Westen“ und insbes. auch von der Bundesaußenministerien A. Baerbock mit allerhöchstem Nachdruck angestrebte Resolution handelt.¹⁴

In meinen Augen wäre viel gewonnen, wenn „der Westen“ und insbes. auch die Bundesregierung sich dieser von ihnen selbst propagierten Schwerpunktsetzung entsprechend verhalten würden.¹⁵

Dabei könnte es sicherlich hilfreich sein, wenn nicht versucht würde, Staaten, die sich bei den Abstimmungen der Stimme enthalten haben, als „Problemfälle“ zu sehen, die es gilt „auf unsere Seite“ hinüberzuziehen. Vielmehr könnten gerade diese Staaten eine entscheidende Rolle bei der Anbahnung und Begleitung von Verhandlungen spielen.

„Gemeinsame Sicherheit“

Konzepte der „Gemeinsamen Sicherheit“ sind historisch eng mit den Namen Olof Palme und Egon Bahr verbunden, die beide der internationalen „Unabhängigen Kommission für Abrüstung und Sicherheit“ angehörten, jener Kommission, die von 1980 bis 1982 unter dem schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme den „Palme-Bericht“ erarbeitete.

Liest man manche der heutigen „Zeitenwende“-Publikationen, die die Erkenntnisse von damals als überholt ansehen, kann der Eindruck entstehen, die AutorInnen hielten die damalige Zeit für eine mehr oder weniger konfliktfreie Zeit, in der eben der „Luxus“ solcher Konzeptionen möglich war.

Demgegenüber ist festzuhalten, dass der Palme-Bericht in einer Zeit gerade wieder zunehmender Spannungen – einschließlich geplanter Hochrüstungs-Projekte entstand und gerade unter diesen Bedingungen an der erfolgreichen Entspannungspolitik der 1970-er Jahre anknüpfte.

Ohne hier diese historischen Aspekte vertiefen zu können, will ich auf ein Dokument unserer Tage verweisen, das bewusst in die Tradition des Palme-Berichts gestellt wurde:

*den Bericht „Gemeinsame Sicherheit 2022“.*¹⁶

Dieser Bericht wurde erarbeitet von VertreterInnen des Internationalen Gewerkschaftsbundes, des Internationalen Friedensbüros und des Olof Palme International Center.¹⁷

Es würde den Charakter dieses Eingangsreferats sprengen, hier ausführlich aus diesem Bericht zu zitieren.

Ich will aber zum einen auf die „Gemeinsame(n) Sicherheitsrisiken heute“ hinweisen, die in dem Bericht dann genauer ausgeführt werden¹⁸:

¹⁴ s. die „Rede von Außenministerin Annalena Baerbock bei der Notstandssondertagung der VN-Generalversammlung zur Ukraine“: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/baerbock-vnga-ukraine/2514746>

¹⁵ Mit dieser Bemerkung schließe ich Waffenlieferungen und/oder Sanktionen keineswegs kategorisch aus (will allerdings eine sehr grundlegende Skepsis in diesem Punkt gar nicht verschweigen). Worum es mir hier vorrangig geht, ist

¹⁶ s. https://www.ipb.org/wp-content/uploads/2022/07/Palme_Report_2022_CSDE.pdf

¹⁷ Sharan Burrow, vom 3. bis zum 5. IGB-Weltkongress Generalsekretärin des IGB war in der Hochrangigen Beratenden Kommission vertreten, Philip Jennings, langjähriger Generalsekretär der Globalen Gewerkschaftsföderation der Gewerkschaften im Bereich privater Dienstleistungen (UNI Global Union) gehörte zum Lenkungsausschuss.

Die „Zeitenwende“ – Herausforderungen für gewerkschaftliche (ver.di) Friedenspolitik
Konzept für ein Referat im Arbeitskreis Friedenspolitik des Landesbezirksvorstandes ver.di Nord
am 1.12.2022

- Herausforderungen für den Multilateralismus in einer multipolaren Welt
- Globale Erwärmung und die Klimakrise
- Ungleichheit
- Aktuelle und zukünftige Pandemien
- Autoritäre Regime - der demokratische Raum schrumpft
- Militarisierung

Es wird also ganz bewusst ein weiter Sicherheitsbegriff verwendet. Und es werden Risiken benannt, die sich nicht erst seit dem 24.2. entwickelt haben.

Dem entsprechend sind die Empfehlungen dieses Berichts in vier Hauptbereiche gegliedert¹⁹:

1. Stärkung der globalen Architektur für den Frieden
2. Eine neue Friedensdividende - Abrüstung und Entwicklung
3. Wiederbelebung der nuklearen Rüstungskontrolle und Abrüstung
4. Neue Militärtechnologien und Weltraumwaffen

Ich denke, wir werden in der Diskussion auf den einen oder anderen Punkt zurückkommen und will deshalb im Moment nur noch einen Aspekt besonders hervorheben:

In dem „Aufruf zum Handeln“ (S. 6 f) wird u.a. ausgeführt:

„Gemeinsame Sicherheit erfordert nicht nur Maßnahmen der Regierungen, sondern auch der nationalen Parlamente und der Zivilgesellschaft - einschließlich der NRO, der Bewegungen für soziale Gerechtigkeit und Frieden, der Glaubensgemeinschaften, der Frauen- und Jugendbewegungen und der Gewerkschaften.“

Ich denke, dass ist eine Aufforderung, der wir uns auch als ver.di zu stellen haben.

¹⁸ s. S. 13 ff des Berichts

¹⁹ s. S. 7 ff des Berichts